SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ideologie, Rhetorik und Realpolitik

Assen, Ignatow

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Assen, I. (1999). *Ideologie, Rhetorik und Realpolitik.* (Berichte / BIOst, 20-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44058

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
Einleitung	5
Ist die Außenpolitik der russischen Regierung ideologiefrei?	8
Der außenpolitische Diskurs der "Rot-Braunen"	12
Nostalgie und Feindbilder	13
Panslawismus redivivus	18
Versuche der Entideologisierung	22
Was ist "nationales Interesse"?	22
Imperium oder Nationalstaat?	25
Fazit	28
Summary	31

17. Mai 1999

Assen Ignatow

Ideologie, Rhetorik und Realpolitik

Die ideologische Komponente der russischen Außenpolitik

Bericht des BIOst Nr. 20/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die sowjetische Außenpolitik war stark ideologisch geprägt. Letzten Endes verfolgte sie ideologische Ziele und war für die Machthaber ein Mittel zur Erreichung des Endziels der kommunistischen Weltherrschaft. Die politische Wende führte zu einer neuen Situation, die wesentliche Unterschiede, aber auch Ähnlichkeiten mit der kommunistischen Epoche aufweist. Der vorliegende Bericht ist der Frage gewidmet, inwieweit die russische Außenpolitik ideologisch motiviert ist und welche ideologischen Kontroversen sich auf dem außenpolitischen Feld abspielen.

Ergebnisse

1. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft geht die Außenpolitik der Russischen Föderation den Weg einer langsamen Entideologisierung. Die postkommunistischen Regierungen haben den Plan einer Weltherrschaft und den daraus resultierenden antiwestlichen Konfrontationskurs aufgegeben.
2. Doch Argumente und Überlegungen ideologischer Art fehlen nicht gänzlich in den der Außenpolitik geltenden offiziellen Dokumenten und in den Äußerungen der Verantwortlichen. Jedoch sind sie hauptsächlich rhetorischer Art und eher für den internen Gebrauch bestimmt. Auch in extremen Krisensituationen ändert sich daran wenig.
3. Hingegen kann man eine sich immer stärker anbahnende Reideologisierung bei der kommunistisch-"patriotischen" Opposition feststellen. Allerdings hat die ideologische Begründung neue Formen angenommen.
4. Die These vom russischen "Sonderweg" bzw. von der russischen "Sendung" wird nicht hauptsächlich mit soziologischen, sondern eher mit zivilisationstheoretischen Argumenten begründet. Die Opposition beruft sich auf die Kultur- und Religionstradition Rußlands sowie auf die Eigenart der russischen Werte, unter denen dem Kollektivismus eine besondere Bedeutung zukommt.
5. Einer gewissen Renaissance erfreuen sich auch die alten Ideen des Panslawismus, die eine ideologische Begründung der Unterstützung für Serbien in den Konflikten in Ex-Jugo-

slawien und vor allem der "Integration" zwischen Rußland, Belarus und der Ukraine liefern sollen.

6. Nicht selten kommt die ganz offene, unverhohlen formulierte Bejahung des Imperiums als politischer Wirklichkeit zum Ausdruck, wobei auch Versuche unternommen werden, diese Position mit den Überresten der traditionellen kommunistischen Doktrin in Einklang zu bringen.

7. Mit den ideologisch umstrittenen Begriffen und Zielvorstellungen der russischen Außenpolitik befaßt sich auch die neue Politikwissenschaft. Beachtenswert sind die Diskussionen um den Begriff "nationales Interesse", dessen Semantik nuancierten Untersuchungen unterzogen wird.

8. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Debatte steht die Frage, ob Rußland als nationaler Staat zu bezeichnen ist oder sich möglicherweise in einen nationalen Staat verwandeln kann. Mit gutem Grund sehen zahlreiche Analytiker darin die Crux der russischen staatspolitischen Identität und fordern zur Überwindung der imperialen Nostalgie auf.

9. Diese Hauptfrage hat auch Teilaspekte, die Rußlands Politik gegenüber den USA, Westeuropa, China und Asien im allgemeinen betreffen. Das große Problem der russischen Außenpolitik ist die dauerhafte strategische Orientierung des Landes. Es mehren sich die Stimmen, die – aus Enttäuschung über die amerikanische Rußlandpolitik – für Europa als Hauptpartner Rußlands plädieren.

10. Die Außenpolitik hat innenpolitische Implikationen, die ideologisch behaftet sind. So ist mit dem Verzicht auf den imperialen Traum das Dilemma "zentralisierter Staat oder Föderation/ Konföderation" verknüpft.

Einleitung

Die Außenpolitik der Sowjetunion hatte eine fundamentale Besonderheit, die auch der Außenpolitik rechtstotalitärer Staaten wie Nazi-Deutschland eigen war: Sie war in einem sehr starken Maße ideologisch motiviert. Bei den "normalen" Staaten, die sich in der Neuzeit gebildet haben, setzt die Beurteilung ihrer Außenpolitik mit gutem Grund voraus, daß sie das entsprechende "nationale Interesse" verfolgt. Die Motive, die zu einem außenpolitischen Schritt bewegen, sind also rein utilitär. Es handelt sich um die Erweiterung des Marktes für die nationale Produktion oder um die Vereitelung eines großen, gegen das betreffende Land gerichteten Staatenbündnisses oder um die Sicherung von Bodenschätzen und Rohstoffen usw.

Nun aber gilt das nicht für die sowjetische Außenpolitik. Zwar spielten "realpolitische", utilitäre Überlegungen eine gewisse Rolle für die außenpolitischen Optionen. Doch sie waren weder der einzige noch der entscheidendste Faktor. Eine ganz besondere Rolle für die Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik spielte die kommunistische Ideologie.

Das wurde systematisch im Westen übersehen. Man war geneigt, in der kommunistischen Ideologie nur eine "Fassade" realpolitischer Interessen zu sehen. Sehr verbreitet und populär war die Vorstellung, die Sowjetunion sei letzten Endes eine Großmacht wie die anderen Großmächte, die natürlich nach Einfluß und Vormachtstellung strebt. In dieser Hinsicht habe es angeblich keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und den anderen politisch und militärisch starken Staaten gegeben.

Es ist nur zu verständlich, daß die Betrachtung der sowjetischen Außenpolitik in Analogie zur Außenpolitik der Zaren sehr nahelag. Daß die kommunistischen Machthaber trotz aller Feindseligkeit gegenüber der zaristischen Vergangenheit doch die Testamentsvollstrecker der Ambitionen von Peter und Katharina waren, galt für viele Politiker, Historiker, Beobachter als quasi bewiesen. Es gab auch Tatsachen, die diese oberflächlichen Vergleiche zusätzlich zu bestätigen schienen. Die anfänglich vorsichtige Neubelebung "patriotischer" Motive in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, die einen mächtigen Aufschwung während des Krieges und danach erfuhr, schien ein Beweis für die letztendlich nationalistisch-imperialistische Orientierung des sowjetischen Regimes zu sein.

Diese Betrachtungsweise führte unvermeidlich zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen der sowjetischen Außenpolitik. Es ist dabei bemerkenswert, daß sich führende Vertreter radikal verschiedener, ja unversöhnlicher politischer Kräfte und Richtungen in diesem Punkt einig waren. Hitler behauptete im engen Kreis, daß sich Stalin offenbar der "marxistischen Dogmatik" entledigt habe und nichts anderes tue, als die Interessen des "Imperiums" zu verteidigen und durchzusetzen. Zu derselben Meinung neigte auch Hitlers Feind und Stalins Verbündeter Roosevelt, der allem Anschein nach glaubte, "Onkel Joe" im Geiste der amerikanischen Werte umerziehen zu können. Es scheint, daß sich die amerikanische Außenpolitik in der Ära Kissinger wesentlich von der Annahme leiten ließ, der Kreml verfolge einen ideologiefreien außenpolitischen Kurs, "Dear Henry" und "Anatol" (wie sich

Kissinger an den sowjetischen Botschafter Dobrinin mit amerikanischer Familiarität wandte) könnten alles in rein pragmatischem Einvernehmen regeln.

Diese Vorstellung hat die Stärke mancher fest verankerter Denkgewohnheiten. Der Geist der Aufklärung, der "Realismus", Skepsis, Mißtrauen gegenüber "großen Worten", folglich auch gegenüber Ideologien, fordert, hat auch seine Kehrseite und kann gerade zum Opfer von dem werden, wogegen er sich wendet. Dem dominierenden menschlichen Typ im westlichen politischen und wissenschaftlichen Establishment ist glücklicherweise der Fanatismus fremd, aber gerade deshalb ist er oft nicht imstande, den Fanatiker zu verstehen. Ein rationalistisch denkender Mensch kann sich nur schwer vorstellen, daß die Politik auf fanatischen ideologischen Voraussetzungen basieren kann, und zieht es vor anzunehmen, letztere seien nur eine propagandistische, rhetorische Maske. Dadurch aber *verharmlost* der angebliche Realismus die Gefahr der fanatischen Ideologien und wird eben unrealistisch.

Wer die ideologische Komponente der von Litwinow und Molotow, Wyschinskij und Gromyko durchgeführten Außenpolitik leugnet, ist nicht imstande, ihren *globalen* Anspruch zu erklären. Rein realpolitisch gesehen, mußte die Sowjetunion überhaupt nicht nach Einfluß in Angola oder Äthiopien, Südafrika oder Lateinamerika streben. Diese Regionen sind sehr weit von den traditionell verstandenen Interessensphären einer Großmacht entfernt. Mehr noch: Das wohlverstandene realpolitische Interesse hätte der sowjetischen Führung geboten, auf die so kostspielige Unterstützung von "Kämpfern gegen den Imperialismus", "Befreiungsbewegungen" und *tutti quanti* zu verzichten. Nicht einmal die Einführung des kommunistischen Machtsystems in Osteuropa war notwendig für die geopolitischen Interessen Moskaus. Eine "Finnlandisierung" der ost- und mitteleuropäischen Länder wäre ein ausreichendes Mittel zur Vereitelung von Aggressionen gewesen. Die politische Geschichte und insbesondere die Geschichte des Totalitarismus enthält nicht wenige wunderliche Arabesken, und hierher gehören auch die stetigen offiziellen sowjetischen Versicherungen während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren, der Kreml wolle nicht den osteuropäischen Völkern sein politisches System aufzwingen, er möchte nur in Warschau, Budapest und Bukarest moskaufreundliche Regierungen sehen.[1] Diese Versicherungen entsprechen völlig der Logik eines realpolitisch denkenden Staatsmanns. Realpolitisch gesehen brauchte die Sowjetunion in der Tat nicht die Kommunisierung Osteuropas. Nun waren aber die Versicherungen heuchlerisch. Wegen ihrer Unfähigkeit, eine ideologisch motivierte Politik zu verstehen, konnten die westlichen Verantwortungsträger nicht sofort diese Heuchelei durchschauen.

Die Unbegreiflichkeit des globalen Anspruchs aber verschwindet, wenn man die ideologische Bedingtheit der sowjetischen Außenpolitik berücksichtigt. Wenn der Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab, die "Weltrevolution" das erklärte Ziel ist (abgesehen davon, welche konkreten Formen all das annehmen sollte), *dann* ist es klar, daß es kein Land und keinen Kontinent gibt, die außerhalb der sowjetischen Interessen liegen.

---

[1] Die sowjetische Beruhigungstaktik wird auch durch neu veröffentlichte Geheimdokumente bestätigt. Vgl. das Protokoll des vertraulichen Gesprächs Stalins mit dem Chef der Londoner Exilregierung Polens, Mikolajszik, am 3.8.1944, in: Istočnik, 1, 1999, S. 153.

Eine wirkliche "Entspannung" und eine stabile Friedensordnung waren gerade wegen des *ideologischen* Charakters der sowjetischen Politik gegenüber der westlichen Allianz unmöglich. Kissingers Traum, Metternichs Vorbild zu folgen, war illusorisch, weil zur Zeit von Metternich die europäischen Großmächte eine Wertegemeinschaft bildeten. Eine solche Wertegemeinschaft existierte aber während des Kalten Krieges nicht: der ideologische Konflikt machte sie unmöglich.

Eine der wichtigsten Veränderungen in der Außenpolitik nach der Perestrojka und besonders nach der Wende 1991 betrifft eben die Proportion zwischen den ideologischen und realpolitischen Komponenten des außenpolitischen Entscheidungprozesses. Man kann feststellen, daß *der Stellenwert der Ideologie erheblich kleiner geworden ist*.

Erstens gibt es fundamentale inhaltliche Unterschiede. Die ideologischen Momente im außenpolitischen Kurs des Kreml tragen keinen kommunistischen Charakter mehr.

Zweitens rückt die Ideologie in den Hintergrund zugunsten der realpolitischen Überlegungen. Was früher fälschlicherweise der kommunistischen Führung zugeschrieben wurde, gilt für die *jetzige* Führung. Allerdings ist die ideologische Begründung nicht gänzlich verschwunden. Doch die Rolle der Ideologie hat sich nicht nur vermindert. Ihre Funktion ist auch in qualitativer Hinsicht anders geworden.

Die Funktion der Ideologie im kommunistischen System weist gewisse Besonderheiten auf. Ideologie ist stets Ausdruck und Legitimation von Interessen. Aber in einer "ideokratischen Gesellschaft", wie Raymond Aron und Alain Besançon m. E. die Sowjetgesellschaft richtig charakterisieren, sind diese Interessen selbst ideologisch motiviert: Ideologie und Herrschaft bilden eine Einheit. Dementsprechend diente nicht die Ideologie der Außenpolitik, sondern umgekehrt: die Außenpolitik diente der Ideologie. Die Ideologie war nicht Legitimationsmittel, sondern Motiv und *Endziel*. Jetzt haben Ideologie und Außenpolitik die Plätze getauscht. Infolge dieser Inversion entsteht eine Situation wie in den "normalen" Staaten. Die (nichtkommunistische, sondern vage "patriotische") Ideologie ist eine *Rechtfertigung des außenpolitischen Kurses*.

Die Rolle der Ideologie bleibt aber beträchtlich im Bereich des *oppositionellen Diskurses*. Dort ist sie fast so groß wie unter dem kommunistischen Regime. Für die Kommunisten und die "Patrioten" soll die Außenpolitik der Ideologie dienen, nicht umgekehrt. Diese Unterschiede werden wir des weiteren näher erörtern.

In allen Artikulierungen der außenpolitischen Debatte geht es beständig um Begriffe wie "Nation", "Staat", "nationales Interesse", "Imperium", die verschieden verstanden werden. Einen zentralen Platz nimmt der Begriff des nationalen Interesses ein.

Das nationale Interesse ist eine Spezifizierung von Interesse überhaupt. Und das "Interesse", das angeblich jedem klar ist, ist etwas, das nicht wenig Geheimnisse in sich birgt. Man darf von einer echten politischen Antinomie reden: Im politischen Diskurs werden zwei Behauptungen gebraucht, die je nach dem einzelnen Fall gleich plausibel erscheinen. Einerseits setzt man bei der Beurteilung der Politik voraus, daß jede politische Kraft (bzw.

jeder Staat) ihre (seine) Interessen richtig versteht und verteidigt. Andererseits stößt man nicht selten auf die Behauptung, daß X oder Y "wider das eigene Interesse" gehandelt habe.

Die "Antinomie" wird gelöst, wenn präzisiert wird, von wessen Interesse die Rede ist und *worin* das fragliche Interesse besteht. Es kann sein, daß derjenige, der "sich selbst schadet", sein Interesse in etwas anderem sieht und daher bereit ist, gewisse Schäden hinzunehmen und ihren Preis zu zahlen. Mit anderen Worten hat das Interesse nicht nur eine "objektive", sondern auch eine "subjektive" Komponente. Letztere ist eben die Domäne der ideologisierten und mehr oder weniger irrationalen Außenpolitik, während die "objektiv" verstandenen Interessen den realpolitischen Konzeptionen entsprechen.

Ist die Außenpolitik der russischen Regierung ideologiefrei?

Die außenpolitische Linie der Regierung der Russischen Föderation hat im Lauf der letzten Jahre gewisse nicht unerhebliche Schwankungen erfahren. Die alte, eben ideologisch bedingte radikale Animosität gegen den Westen wurde aufgegeben. In den ersten Jahren der Ära Jelzin schien die außenpolitische Linie dem Westen gegenüber sogar freundlich zu sein, was mit der allgemeinen Tendenz zur Demokratisierung, zur Einführung und Festigung der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft zusammenhing: Ein Teil der russischen Verantwortlichen sah im Westen sowohl das Vorbild und den Lehrer der pluralistischen "bürgerlichen Gesellschaft" als auch den größten finanziell-wirtschaftlichen und technologischen Helfer. Danach aber entstanden die wohlbekannten Spannungen und Konflikte, die mit den Fragen nach den russischen Interessen im "nahen Ausland", nach der Osterweiterung der NATO sowie nach den Kriegen in Ex-Jugoslawien und im Nahen Osten verbunden sind. Andererseits hemmt die vitale Abhängigkeit Rußlands vom Westen dieses Spannungspotential und erlaubt ihm nicht, in eine offene Konfrontation überzugehen. So ist die heutige Westpolitik der Russischen Föderation eine Resultante der Wechselwirkung verschiedener entgegengesetzter Tendenzen, die ihre gegenwärtige Gestalt bestimmen. Es handelt sich eher um Beziehungen, die nicht direkt feindlich sind, aber – trotz der beiderseitigen schönen Versicherungen – auch keineswegs als freundlich zu bezeichnen sind. Es sind eher kühle, reservierte Beziehungen.

Die gegenwärtige russische Außenpolitik war maßgebend von den Auffassungen Jewgenij Primakows geprägt, der einige Jahre direkt das außenpolitische Ressort leitete und danach als Premier bis zu seiner Entlassung das Sagen in allen wichtigen Fragen hatte.

Primakow entsprach der Vorstellung von einem Realpolitiker. Er war der Typ des im wesentlichen ideologiefreien, nüchternen, kalt kalkulierenden Hüters der national-territorialen Interessen seines Landes, eines Politikers, dem – überspitzt formuliert – ziemlich gleichgültig ist, ob Rußland demokratisch, autoritär oder gar totalitär ist: die Hauptsache ist, daß das während Jahrhunderten Erreichte nicht verlorengeht. Somit kann man ihn einen prononcierten Traditionalisten in der Politik nennen. Nur schwer kann man sich diesen ruhigen, selbstbeherrschten Politiker in der Rolle eines Visionärs vorstellen, der irgendeiner "großartigen" ideologischen Fiktion folgt – sei es der Sieg des Weltproletariats, sei es die historische Mission Rußlands. Primakow wußte ausgezeichnet, daß mit ideologischen Mythen

nichts anzufangen ist. In den seltenen Fällen, wenn bei ihm ideologisch gefärbte Phrasen auftauchten, kam ihnen nur die Rolle verbaler Ornamente zu.

Seine außenpolitische Konzeption skizzierte Primakow vor dem Hintergrund der innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformen, zu denen er sich bekannte. Er schien sich klar Rechenschaft über die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik in der Transformationsperiode abzulegen. "Neben ihren traditionellen Funktionen ist die Diplomatie aufgerufen, an der Lösung der Aufgaben der inneren Transformation der Gesellschaft mitzuwirken."[2]

Die Hauptaufgabe der von ihm vertretenen Außenpolitik sah Primakow in "... der Sicherung der territorialen Integrität des Staates. Dabei ist die Notwendigkeit eines aktiven Widerstands gegen den Separatismus nicht nur eine Aufgabe von Rußland allein. Der Separatismus, der bewaffnete Formen annimmt *(prinimajuščij vooružennye formy separatizm)*, setzt die staatliche und territoriale Integrität einer Reihe von Ländern einer Gefahr aus".[3] Das passiere unter der Flagge der Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten. Dagegen wandte Primakow ein, daß diese Rechte "anders" verteidigt werden müssen – im Rahmen des einheitlichen Staates und nicht durch die Anwendung des Rechts auf Selbstbestimmung bis hin zur Trennung.[4] "Wir unterstützen aktiv die zentripetalen Tendenzen im postsowjetischen Raum"[5] –, formulierte der Politiker diplomatisch.

In der letzten Zeit erklangen diese Töne immer stärker. Die Aufrechterhaltung und möglicherweise die Erweiterung der Föderation rückten immer mehr in den Vordergrund der Primakowschen Politik. Und als Regierungschef, der praktisch zur Nummer eins im Staat wurde, verfügte er über einen größeren Handlungsspielraum, um dem drohenden Zerfall der Föderation entgegenzuwirken. "Der Premier versteht sich als der letzte Soldat des Imperiums ..."[6]

Die zitierten außenpolitischen Sätze von Primakow sind vom traditionellen realpolitischen Geist ohne jegliche ideologische Beimischung getragen. Das ist ein dem Wesen nach imperiales Denken, das zugleich nüchtern genug ist und dem Wunschdenken fremd ist. Der erfahrene Diplomat verstand ausgezeichnet, daß er sich auf die Aufrechterhaltung des Vorhandenen, auf die Vereitelung einer weiteren Desintegration beschränken mußte.

Von dieser definitiven Rückkehr zu einer realistischen "Politik des Möglichen" zeugte auch *die Idee der multipolaren Welt*, die ein Grundsatz seiner außenpolitischen Konzeption ist. (Das multipolare System nennt er auch "dynamisch"; dieses zusätzliche Prädikat ist nicht ganz klar; es ermöglicht allerdings die Anerkennung einer gewissen Ungleichwertigkeit der verschiedenen "Pole".) Auf dieses Prinzip berief sich Primakow immer häufiger. Die Funktion und Aufgabe einer Weltordnung, die auf der Idee der multipolaren Welt basiert,

---

2 E.M. Primakov, Rossija: reformy i vnešnjaja politika, in: Meždunarodnaja žizn', 7, 1998, S. 17.

3 Ebenda.

4 Vgl. ebenda.

5 Ebenda, S. 18.

6 P. Akopov, Evgenij Primakov zadumal remont Federacii, in: Nezavisimaja gazeta, 29.1.1999.

bestünden darin, die Monopolstellung eines einzigen Staates zu vereiteln. Die Supermacht als politisches Gebilde sei ein Relikt des Kalten Krieges. Die riesige Macht der USA bedeute nicht, daß sie zum Zentrum des politischen Weltgefüges werden sollen.[7] In dieser Betrachtungsweise zeigte sich eine außenpolitische Kursänderung, die als Übergang von der auf die enge Zusammenarbeit mit Washington setzenden "Doktrin Kozyrew" zur "Doktrin Primakow" umschrieben wurde.[8]

Auch in diesem Punkt war Primakows Kurs ideologiefrei. Die gegen die USA gerichtete Tendenz hat mit dem doktrinären Antiamerikanismus der Sowjet-Ära nichts gemein. Die für Primakow wünschenswerte (jetzt aber, wie er das natürlich verstand, kaum realisierbare) Begrenzung des amerikanischen Einflusses ergab sich nicht aus ideologischen Postulaten, sondern aus elementaren staatlich-nationalen Interessen und dem normalen nationalen Egoismus. Daher auch das totale Fehlen von rhetorischem Pathos: man stelle sich nur vor, wie Molotow, Wyschinskij, Malik, Gromyko geredet hätten.

Gerade in der Idee der multipolaren Welt zeigt sich die weitgehende Entideologisierung der russischen Außenpolitik. Primakow hob die Bedeutung jener Ansichten hervor, die der berühmte Fürst Aleksandr Gortschakow, dieser veritable Klassiker der diplomatischen Kunst, vertrat. Für Primakow war Gortschakow der Vorläufer der multipolaren Konzeption. Gortschakow, der von 1856 bis 1882 russischer Außenminister war, habe ausgezeichnet die Gefahr erkannt, die die durch andere Mächte nicht balancierte Dominanz eines Großstaates auf der internationalen Arena in sich birgt.[9] Damit bekannte sich Primakow zur außenpolitischen Kontinuität und zum Vermächtnis eines Klassikers der diplomatischen Kunst, der – im Unterschied zu Nikolaus I. – eine Politik durchführte, die keine ideologischen Ansprüche erhob und sich nur von puren Machtinteressen leiten ließ.

Vermutlich werden die Primakowschen außenpolitischen Grundsätze seine politische Karriere überleben, obwohl eine genaue Prognose kaum möglich ist.

Das ideologische Moment kommt deutlich stärker in der "Konzeption der nationalen Sicherheit Rußlands" zum Ausdruck, einem wichtigen Dokument, das die Kraft einer Direktive für die entsprechenden Staatsorgane hat. Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Iwan Rybkin, der allem Anschein nach einer der Autoren dieses Papiers ist, hebt das explizit hervor. Besagte "Konzeption" ist "... die ideologische Grundlage des gesamten Prozesses des Staatsaufbaus und der Staatspolitik, die die Prioritäten der nationalen Interessen heute in mittelfristiger Perspektive beinhaltet".[10] Mehr noch, Rybkin erwartet von der "Konzeption" ideologische Resultate, die über das Außenpolitische und Sicherheitsrelevante im engen Sinn des Wortes hinausgehen: sie könne nämlich das ideologische Vakuum der letzten Jahre ausfüllen. Die jahrhundertelange Erfahrung zeige, daß

---

7 Vgl. D. Gornostaev, Novoe v staroj koncepcii Primakova, in: Nezavisimaja gazeta, 17.3.1998.

8 Vgl. A. Puškov, Novyj ėvropejskij porjadok. Ot "doktriny Kozyreva" k "doktrine Primakova", in: Nezavisimaja gazeta, 24.10.1997.

9 Vgl. ders., Primakov sleduet idejam Gorčakova, in: Nezavisimaja gazeta, 29.4.1998.

10 I. Rybkin, O koncepcii nacional'noj bezopasnosti Rossii, in: Nezavisimaja gazeta, 29.4.1997.

die Idee der nationalen Sicherheit sowohl "Triebfeder des Fortschritts" als auch "Motor der Reaktion" sein könne. Rybkin schreibt der Konzeption der nationalen Sicherheit auch eine Art erzieherische Rolle zu. Sie sei jedem Bürger vonnöten, damit er sich richtig im "heutigen Leben" orientieren könne.[11]

Allerdings faßt Rybkin den Begriff Ideologie vage auf, weil seine Begründung dieser allgemeinideologischen Funktion der Sicherheitskonzeption eine Überwindung der ideologischen Konflikte impliziert: Wenn man Patriot ist, muß man gemeinsam, ungeachtet aller ideologischer und weltanschaulicher Unterschiede, die nationale Strategie herausarbeiten und so die Art und Weise bestimmen, wie Rußland den Gefahren und Herausforderungen begegnen muß.[12] Rybkin fordert also zur Überwindung der ideologischen Konflikte auf, wenn es um das Vaterland geht, aber eine von allen gesellschaftlichen Kräften geteilte Idee ist keine Ideologie. Ideologien leben vom Kampf.

Trotz dieser begrifflichen Äquivokationen ist die Ideologie in der "Konzeption" nicht nur ein Wort. Das geht aus der Definition oder eher aus der Explikation des Begriffs des russischen nationalen Interesses hervor. Das nationale Interesse wird sehr weit gefaßt. Es wäre falsch, so Rybkin, das nationale Interesse nur auf das "physische Überleben" der Gesellschaft, auf die Aufrechterhaltung der Souveränität und Integrität des Staates und seines einheitlichen ökonomischen und Verteidigungsraums zu reduzieren. Das richtig verstandene nationale Interesse schließe auch die Sicherung eines würdigen Lebens der Bürger ein.[13]

Mag die Ermöglichung eines "würdigen Lebens" in der Tat sehr günstig und positiv für die Befriedigung der nationalen Interessen sein, so sind derartige Begriffserweiterungen dennoch nicht gerechtferigt, weil sich auf diese Weise die Konturen der Begriffe verwischen. Aber das ist immerhin eine *question de vocabulaire*. Interessanter im Hinblick auf unser Thema ist die Behauptung Rybkins: "Die nationalen Interessen können nicht formiert, erfaßt und realisiert werden, wenn sie von den geistigen Traditionen losgelöst sind und ohne die Aufrechterhaltung und Mehrung der genuin *(sugubo)* spezifischen rußländischen Werte ..."[14] Daß auch die Deutung der nationalen Interessen von Werten durchdrungen ist, ist unbezweifelbar und positiv. Nun werden aber jene Werte, die als "spezifisch russisch" bezeichnet werden, oft als eine Antithese zu den Werten der liberalen Demokratie verstanden. Somit öffnet die Bindung des russischen nationalen Interesses an "spezifische Werte" der Ideologisierung und natürlich der Denunziation der Anhänger von anderen Werten als schlechte, unpatriotische Bürger die Tür.

Ein anderes ideologisches Moment in der Konzeption ist der Versuch, die internen Schwierigkeiten der Russischen Föderation durch die bösen Machenschaften fremder Mächte zu erklären. Es mischten sich nämlich "andere" (natürlich westliche) Staaten in die inneren Angelegenheiten Rußlands, schürten ethnische und religiöse Konflikte und unterstützten die

---

[11] Vgl. ebenda.
[12] Vgl. ebenda.
[13] Vgl. ebenda.
[14] Ebenda.

separatistischen Tendenzen. Das Dokument schreibt den ausländischen Kreisen auch die Absicht zu, bewußt und systematisch Pläne zur Destabilisierung Rußlands zu schmieden, die Russen in regionale Konflikte zu verwickeln und überhaupt allerlei antirussische Aktivitäten zu organisieren. Auch die Machenschaften der westlichen Geheimdienste werden nicht vergessen.[15]

Leider wecken diese Redensarten Erinnerungen an das begriffliche Instrumentarium der sowjetischen Ideologie unseligen Angedenkens, die – übrigens in einem merkwürdigen Gegensatz zum Ansatz des Marxschen historischen Materialismus – die großen politischen Krisen den Intrigen des amerikanischen Imperialismus und den von seinen Agenten durchgeführten subversiven Tätigkeiten zuschrieb (bekanntlich "erklärten" die kommunistischen führenden Kreise den ungarischen Aufstand 1956 und den Prager Frühling 1968 mit den Sendungen von *Free Europe*, den Anweisungen der amerikanischen strategischen Stäbe und überhaupt mit der List des Weltimperialismus). Mit Recht stellt Andrej Waganow fest: "Ob der Sekretär des Sicherheitsrates das wollte oder nicht, aber sein Herangehen zwingt dazu, von einer Wiederbelebung der politischen Realien und Argumentationsmethoden der Periode, als der Kalte Krieg seinen Höhepunkt erreichte, zu sprechen."[16]

Immerhin dominieren die ideologischen Momente in der russischen Außenpolitik nicht. Doch der nüchterne, realpolitische Kurs ist vor dem Hintergrund der unsicheren innenpolitischen und schwierigen ökonomischen Lage nicht stabil. Die Rückkehr zur ideologischen Komponente bei der Gestaltung der Außenpolitik ist jetzt nur partiell und unvergleichlich schwächer im Vergleich zur kommunistischen Ära. Doch sie ist nicht zu unterschätzen. Versuche, die USA und überhaupt den Westen zum Sündenbock zu machen, sind gefährlich, weil sie leicht Schule machen oder eher an eine "Schule" anknüpfen können, die noch ganz frisch im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft ist. Dies zu verstehen, wäre die Aufgabe einer vernünftigen Außenpolitik. Jedoch stößt die realpolitische Vernunft auf den heftigen Widerstand politischer Kräfte, die, wie die letzten Entwicklungen zeigen, immer noch über einen sehr starken Einfluß in der Gesellschaft verfügen. Zur Analyse der außenpolitischen Konzeptionen der regierungsfeindlichen Kräfte gehen wir im weiteren über.

Der außenpolitische Diskurs der "Rot-Braunen"

Die außenpolitische Problematik wird in den Äußerungen der kommunistischen und "patriotischen" Politiker massiv ideologisiert. Da im allgemeinen die Kommunisten und ihre Sympathisanten den "klassischen" Marxismus-Leninismus aufgegeben haben, greifen sie jetzt zu anderen geistigen Mitteln. Im wesentlichen führt sich die "neue" ideologische Begründung des außenpolitischen Programms der reformfeindlichen Kräfte auf gewisse sehr alte Vorstellungen und Visionen der Slawophilen, Panslawisten und Eurasier sowie auf manche

---

[15] Vgl. B. Knabe, Die "Konzeption der nationalen Sicherheit Rußlands", Aktuelle Analysen des BIOst, 5, 1998, S. 3.

[16] A. Vaganov, Obkatka koncepcii nacional'noj bezopasnosti, in: Nezavisimaja gazeta, 7.5.1997.

Grundsätze des zaristischen Rußland zurück. Entgegen manchen im Westen verbreiteten Meinungen stimmten diese "historischen Quellen" nicht in allen Punkten überein. Das zaristische Regime war gegenüber den Slawophilen nicht sehr wohlwollend, obwohl es sie für das "kleinere Übel" hielt, und die Eurasier schätzten das "Petersburger Rußland" negativ ein. Die außenpolitischen Thesen der Opposition unterscheiden sich nach Gedankennuancen, Niveau und allgemeinem Stil. Einige klingen dreist und grob, andere sind nicht nur feiner und gewandter, sondern im wahren Sinn des Wortes *sophisticated*.

Nostalgie und Feindbilder

Charakteristisch ist der *imperiale* Gedanke, die eindeutige Bejahung der imperialen Politik und des Imperiums als staatspolitisches Gebilde. Einen musterhaften Ausdruck findet dieses Ideologema in den Ansichten des Schriftstellers Eduard Limonow. Seine allgemeinen, sozusagen "geschichtsphilosophischen" Voraussetzungen erinnern an den im Westen am Anfang des Jahrhunderts verbreiteten Sozialdarwinismus. Heute würde im Westen kaum jemand wagen, mit einem so demonstrativen Zynismus das "Recht des Starken" als "Naturzustand" und die daraus resultierende Dschungelmoral zu verteidigen. Limonow tut es aber: die menschlichen "Stämme" seien aggressiv, und darin bestehe auch ihr "Heldenmut". "Das Gastmahl der Kannibalen" ende nie. "Einige Völker fressen andere auf." Und gerade die "Schwachen" fräßen das Russische Imperium jetzt auf, weil es einen Selbstmord begangen habe. Das sei ein katastrophaler Fehler gewesen. Im russischen Imperium sieht Limonow etwas Großartiges. 130 eurasische "Stämme" bildeten das "Große Imperium" (so im Text). Deswegen sei Rußland ein erfolgreicher Staat gewesen. "Ja, das Große Imperium wurde auf dem Fundament des Russischen Staates errichtet, und das russische Volk fungierte als jene Nation, um welche die große eurasische Zivilisation entstand."[17] Der jetzigen Demütigung Rußlands müsse ein Ende gesetzt werden. Limonow will den "imperialen Instinkt" zum Aufleben bringen. Frech und offenbar in der Absicht zu schockieren, deklariert der Dichter: "Man muß laut, aus vollem Halse zugeben: ja, wir wollen das Imperium! ... Die hohen imperialen Impulse des russischen Volkes, des Trägers der Zivilisation, werden unvermeidlich zum Imperium führen, zu dieser prächtigen, höchsten Staatsform."[18]

Diese Tirade, die freilich zu einer linken Zeitung wie "Sovetskaja Rossija", wo sie veröffentlicht wurde, kaum paßt, ist stark von der Person des Autors gekennzeichnet. Limonow ist eher ein *enfant terrible* des rot-braunen Lagers (bevor er sich mit Politik zu befassen begann, hatte er den Ruf eines literarischen Avantgardisten, und die kecke erotische Atmosphäre seiner Werke ließ nicht einen "Patrioten" erwarten, sind doch die Patrioten Gegner der "Unzucht" und Anhänger der Prüderie). Maßgebender sind andere Autoren, die politische Verantwortung tragen.

Ihre Stellungnahmen sind nicht mehr durch jene Gleichschaltung gekennzeichnet, die den traditionellen kommunistischen Texten eigen war. Der Grundgedanke ist gleichbleibend: das "Imperium" wiederherzustellen, obschon nicht alle dieses odiose Wort gebrauchen. Aber die

---

[17] E. Limonov, Imperskij instinkt, in: Sovetskaja Rossija, 3.6.1993.

[18] Ebenda.

Argumentation weist eine große Vielfalt auf. Wir stoßen manchmal auf sehr "originelle" Beweise. Unter anderem erweist sich, daß der "friedliche Zusammenschluß" Rußlands mit anderen GUS-Staaten so etwas wie Deutschlands Wiedervereinigung wäre und eine vergleichbare Legitimität besäße. Diese kühne Analogie verdanken wir dem stellvertretenden Duma-Vorsitzenden Sergej Baburin.[19] Andere greifen zur Semantik: In Rußland habe es nie ein Imperium im abstoßenden, kompromittierten Sinn der Kolonialimperien gegeben. Das russische Imperium sei nicht so sehr eine administrative Einheit als vielmehr eine "geistige Gemeinschaft" gewesen, in der sich die *Sobornost'* manifestierte. "'Imperium' auf Russisch – das ist die (eurasische) Zivilisation, die das 'Bild der Welt' verkörpert und daher in vieler Hinsicht sich selbst genügend und ganzheitlich ist."[20] In diesem "metaphysischen" Licht erscheint das Imperium nicht als ein banales administrativ-militärisches Gebilde, sondern als etwas Schicksalhaftes, als eine Art Fatum. "In diesem Sinn istRußland als Träger der eurasischen Zivilisation einfach dazu *verurteilt*, ein Imperium zu sein. Sonst wird sie von der Erdoberfläche verschwinden, in eine übergroße Menge von Zwerg- und Randstaaten zerfallen mit allen sich daraus ergebenden ungeheuerlichen Folgen für die ganze Welt."[21]

Wer die neueste russische Ideengeschichte kennt, wird mühelos einen merkwürdigen Rollenwechsel feststellen. Das, was die sowjetischen Autoren aufs schärfste bei "bürgerlichen" Theoretikern angriffen – die angebliche Verschleierung klassenegoistischer Interessen durch hochtrabende ethische und weltanschauliche Phrasen –, machen ihre Nachfolger jetzt: Die durchsichtige Apologetik der russischen Herrschaft über andere Länder erscheint auf der Bühne im Gewand von irgendeiner hohen Mission, und der schwerfällige, repressive, ja menschenfeindliche Machtapparat der beiden Imperien – des zaristischen und des kommunistischen – erweist sich als Vehikel einer imaginären "geistigen Gemeinschaft".

Die theoretische Rehabilitierung des Imperialismus in seiner direkten und naiven Form, die jetzt im kommunistisch-"patriotischen" Denken vor sich geht, sieht mit gutem Grund ihren Hauptgegner in den separatistischen Tendenzen und Unabhängigkeitsbewegungen der nichtrussischen Völker in der Russischen Föderation. Sergej Kortunow warnt vor den seiner Meinung nach verheerenden Folgen der weiteren Eskalation des Separatismus: im besten Fall eine lange Periode internationaler Isolierung Rußlands, im schlimmsten Fall ein Krieg. "Das wird der Preis sein für die Unfähigkeit, auf das Dogma der ethnischen Selbstbestimmung zu verzichten, für die Kurzsichtigkeit jener, die sich mit aller Kraft auf 'ihrem' Territorium durch Verdrängung der Russen festigen wollen ..."[22]

Solche Argumentationen enthalten auch ein Moment, dessen Funktion in der Beruhigung der westlichen Welt besteht. Die Aufrechterhaltung der russischen territorialen Ganzheit gewähre

---

[19] Vgl. hau (Kürzel des Autorennamens), Europa unter dem Schutzschirm der USA. Für und wider eine Pax Americana, in: Neue Zürcher Zeitung, 25.5.1998.

[20] S. Kortunov, Kajat'sja Rossii ne v čem. Mify potrjasennogo soznanija, in: Nezavisimaja gazeta, 31.1.1996.

[21] Ebenda; von Kortunow hervorgehoben.

[22] S. Kortunov, Imperskoe i nacional'noe v rossijskom soznanii, in: Meždunarodnaja žizn', 6, 1998, S. 87.

auch die Sicherheit Europas und der Welt überhaupt, indem sie den Sturz Europas ins Chaos vereitele.[23]

Die Fähigkeit des russischen Denkens, phantasievolle, aber wenig brauchbare Konstruktionen zu schaffen, scheint unerschöpflich zu sein. Im oben zitierten Aufsatz erhält der Vorrang des Imperialen vor dem Nationalen eine extreme Form, die sich kaum in irgendeinem westlichen "imperialistischen" Text findet. Gewöhnlich begnügen sich die Anhänger der imperialen Staatsformationen damit, dem übernationalen Gebilde, dem Imperium, die Nation unterzuordnen, erkennen aber ihre Existenz als Tatsache an. Kortunow geht einen Schritt weiter. Er leugnet selbst die Existenz der russischen Nation als Nation. "Sowohl in geopolitischer als auch in ethnischer als auch in kulturell-zivilisatorischer Hinsicht war das russische Volk mehr 'rußländisch' als 'russisch', und kraft dessen war es nie eine Nation im westlichen Sinn des Wortes ..."[24] Das russische Volk nennt der Autor eine "Meta-Nation", wobei ihm eine sprachliche Ungenauigkeit unterläuft: er übersetzt die Bedeutung des griechischen *meta* mit "außerhalb"; mit Rücksicht auf den heutigen Sprachgebrauch wäre es besser von "Para-Nation" zu sprechen.[25] Die weiteren Perspektiven sind wahrlich atemberaubend: Dem Politikwissenschaftler schwebt das totale Verschwinden nicht nur der nationalen Grenzen, sondern überhaupt des Staates als Organisationsform der Gesellschaft vor. Diese neoanarchistische Vision sieht so aus: "Das bedeutet, daß der russische Mensch, indem er ganz unmittelbar zu einem Weltmenschen geworden ist, nur dann seine Sprache und Kultur aufrechterhält, wenn er eine prinzipiell neue Form der Souveränität schafft. Rußland wird sich in das Dritte Jahrtausend in seiner Eigenschaft als eine *metanationale Korporation* einleben. Es wird weder nationale noch irgendwelche anderen Grenzen haben. Die ganze Welt wird offen und durchsichtig für es sein, wie auch seinerseits es durchsichtig für die Welt sein wird. Wie aus der Quantenmechanik bekannt ist, füllt jedes Photon das ganze Weltall aus."[26]

Ein westlicher Leser würde eher meinen, daß das angeführte Zitat ein Auszug aus einem utopischen Roman ist, und würde nicht ahnen, daß diese Träumereien der Feder eines Professors für Geschichtswissenschaft entstammen und in einem akademischen Periodikum veröffentlicht werden. Aber in Rußland mußte und, wie man sieht, muß die Wissenschaft dem Bild eines Paradieszustands, der unbedingt kommen wird, den Platz räumen.

Dieser ideologische Neoimperialismus, der – im Weltmaßstab gesehen – anachronistisch anmutet (so direkt sprachen nur manche Politiker um die Jahrhundertwende, wie Cecile Rhodes), sieht seinen "inneren Feind" in den Bestrebungen der Nationalitäten. Nach den ungeschriebenen, aber unbezweifelbaren Regeln dieser ideologischen Dramaturgie muß der "innere Feind" auch sein "äußeres" Pendant – nämlich den Westen (bzw. den Imperialismus,

---

[23] Vgl. ebenda, S. 82.
[24] Ebenda.
[25] Vgl. ebenda, S. 87.
[26] Ebenda, S. 90.

das Weltkapital usw.) haben. Der Westen ist eine genauso konstante Figur wie Pulcinella oder Pierrot in der *commedia dell' arte*.

Von der Tradition des politischen Diskurses her bleibt die Feindseligkeit gegenüber dem Westen eine Domäne der Kommunisten. Sie lebt nach wie vor in der offiziellen Ideologie der KPRF. Gennadij Sjuganow, Parteichef und Chefideologe in Personalunion, unterstreicht das eindeutig. "Die hauptsächliche geopolitische, ökonomische und ideologische Konkurrentin der rußländischen Zivilisation jetzt wie auch im Lauf der vergangenen Jahrhunderte bleibt nach wie vor die westliche Welt. Deswegen muß der Spieleinsatz *(stavka)* für die partnerschaftlichen Beziehungen zum Westen die zwischen beiden Seiten existierenden objektiven Widersprüche berücksichtigen und nicht jene Schwelle überschreiten, jenseits von der die angebliche Friedensstiftungspolitik nur die nationale Sicherheit unseres Landes schwächt."[27] Freilich versichert der kommunistische Politiker, daß seine Feststellung die Möglichkeit einer "breitangelegten Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten, insoweit das nicht unseren fundamentalen nationalen Interessen widerspricht, nicht verwirft".[28] Aber diese ohne großen Enthusiasmus und lauwarm formulierten Worte sind zweifellos nicht maßgebend – sie zielen nur darauf ab, rein äußerlich den Effekt seiner prinzipiellen antiwestlichen Linie zu mildern.

Sjuganow verleiht der Wachsamkeit gegenüber dem Westen auch eine innenpolitische Funktion: "Der Prozeß der inneren Konsolidierung wird nur unumkehrbar werden, wenn er vor Einmischung von außen geschützt wird ... Die Ziele der NATO-Expansion sind evident: mit den Panzerrohren in Osteuropa die Positionen ihrer Anhänger in Moskau zu unterstützen. Und im Fall, daß das Volk an die Macht kommt, Rußland mit einem *'Cordon sanitaire'* zu umzingeln und die Wiederherstellung seines traditionellen Einflusses auf die weltpolitischen Angelegenheiten nicht zu erlauben."[29] Wie die Reformpolitiker in den westlichen Demokratien ihren Hauptverbündeten erblicken, so erblickt der Gegner der Reformen durchaus logisch im Westen seinen Hauptfeind. Es ist nicht leicht zu sagen, ob Sjuganow in der Tat der NATO die Absicht zuschreibt, mit ihren "Panzern" die Demokratisierung Rußlands zu beschleunigen. Das kann natürlich nur Rhetorik sein, aber für die Ideologen ist nicht selten die Selbsttäuschung charakteristisch.

In jeder Dämonologie, auch in der politischen, gibt es eine hierarchische Abstufung. Wenn der Westen überhaupt Rußland gegenüber feindlich gesinnt ist, so sind doch nicht alle gleich feindlich. Die Rolle des Erzfeinds wird den USA zugewiesen. Den Amerikanern wird die Schuld für alles, was in Rußland schiefgeht, zugeschrieben: Die USA hätten die russische Wirtschaft zerstört, sie wollten dieses reiche Land ausplündern, es in einen billigen Rohstofflieferanten verwandeln, es entmachten.[30] Der russische Volksmund charakterisiert

---

[27] G. Zjuganov, Scenarii, in: Sovetskaja Rossija, 24.9.1994.

[28] Ebenda.

[29] G. Zjuganov, Rossija budet velikoj i socialističeskoj, in: Sovetskaja Rossija, 22.4.1997.

[30] Vgl. M. Thumann, Zorn ohne Zähne. Moskau macht Amerika für die russische Schwäche verantwortlich, in: Die Zeit, 4.3.1999.

solche naiven Selbstrechtfertigungsversuche sehr treffend: *s bol'noj golovy na zdorovuju* (dem Sinne nach: die Schuld vom Schuldigen auf den Unschuldigen abzuwälzen).

Aber vor allem beschuldigen die russischen Reaktionäre Amerika, Rußland als einheitliches Staatsgebilde zerstören zu wollen.

Die hauptsächliche Zielscheibe der antiamerikanischen Kritik ist Zbigniew Brzezinski. Bekanntlich scheut sich dieser angesehene Politologe nicht, unangenehme Wahrheiten zu sagen. Seine Offenheit ist nicht diplomatisch, aber sehr oft waren auch seine Opponenten gezwungen, die Präzision und die Weitsichtigkeit seiner Analysen und Prognosen zu bestätigen.

Auf heftigen Widerstand stießen u.a. Brzezinskis Gedanken über "die historische Aufgabe Rußlands", die als ein finsteres Komplott gegen die staatliche Existenz Rußlands charakterisiert wurden. In Wirklichkeit geht Brzezinski von einer potentiell wichtigen Rolle Rußlands aus. Aber er bemerkt zugleich: "Jedoch hängt Rußlands langfristige Rolle in Eurasien weitgehend von seinem Selbstverständnis ab."[31] Die Russen erinnert er an bittere Tatsachen: "Die territorialen Verluste sind nicht Rußlands zentrales Problem. Vielmehr muß es einsehen, daß Europa und China ökonomisch stärker sind und daß Rußland auf dem Weg der sozialen Modernisierung hinter China herhinkt."[32] Daher rät er den Russen, die Modernisierung anzustreben und den Versuch, den Status der globalen Macht wiederherzustellen, aufzugeben. Eine dezentralisierte Struktur wäre geeigneter für die Erreichung dieses Zwecks, so Brzezinski. Eine "lockere russische Konföderation, die sich aus dem Europäischen Rußland, einer Sibirischen Republik und einer Fernöstlichen Republik zusammensetzte", wäre nach Ansicht des Politologen die im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung optimale Staatsform.[33]

Eine wütende Reaktion war zu erwarten. In einem Interview mit "Nesawissimaja Gaseta" antwortete Brzezinski mit rationalen Argumenten auf die erregten, von Angst- und Haßgefühlen geprägten Beschuldigungen. "Ich glaube nicht, daß das heutige Rußland in einzelne Staaten zerfällt."[34] Der Politologe erinnerte daran, daß er etwas anderes gesagt hat, nämlich, daß "... ein Land solchen immensen Maßstabs ... sich erfolgreich entwickeln kann, wenn es aufhört, zentralisiert zu sein und nicht von einer immer parasitärer werdenden Elite, die sich an einem Ort befindet, regiert wird."[35]

Natürlich ist kaum zu erwarten, daß sich das Verhältnis zu Brzezinski bessert; die rationalen Argumente sind schwach in der Auseinandersetzung mit den Ideologien.

---

[31] Z. Brzezinski, A Geostrategy for Eurasia, in: Foreign Affairs, Vol. 76, Nr. 5, September/October 1997, S. 56.

[32] Ebenda.

[33] Vgl. ebenda.

[34] Z. Bžezinskij: "Ja ne sčitaju, čto nynešnjaja Rossija raspadetsja na neskol'ko otdel'nych gosudarstv (Interview mit Brzezinski), in: Nezavisimaja gazeta, 31.12.1999.

[35] Ebenda.

Panslawismus redivivus

Die neue außen- und innenpolitische Konstellation nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und der Sowjetunion rief kurioserweise die Neubelebung einer politischen Strömung hervor, von der man meinte, daß sie definitiv der Vergangenheit angehörte, des *Panslawismus*. Im 19. Jahrhundert spielten die panslawistischen Ideen die Rolle einer ideologischen Rechtfertigung der zaristischen Expansionspolitik auf dem Balkan und bis zu einem gewissen Grad auch in Mitteleuropa. Seinen Legitimationsmustern nach ist der Panslawismus ein ideologisches System, das sich des *biologischen* Modells bedient. Er beruft sich auf die Blutsverwandtschaft, auf die "Brüderlichkeit" der Slawen. Die sentimentale Komponente ist bei dem Panslawismus stark ausgeprägt.

Die Grundideen der einzelnen Panslawisten waren identisch, aber sie wurden mit unterschiedlicher Intensität ausgedrückt. Die Anhänger des heutigen restaurierten Panslawismus knüpfen vorwiegend an jene radikalen und militanten Formen an, die manchmal den Eindruck aufkommen lassen, wir hätten es mit einem eigenartigen slawischen Rassismus zu tun, obwohl sich Rassismus schwer mit der slawischen Ideenwelt verbinden läßt. In dieser Atmosphäre beginnen sich die Ideen Nikolaj Danilewskijs einer neuen Popularität zu erfreuen Die Konfrontation *(protivostojanie)* Rußlands und des Westens sei historisch tief verankert, sie dauere schon Jahrhunderte hindurch – lesen wir in den heutigen panslawistischen Texten. Rußland sei sowohl dem Druck vom Osten als auch dem Druck vom Westen ausgesetzt. Der russische Staat mit seinem "geopolitischen Raum" sei die Reaktion auf diesen Druck gewesen. "Aber auch mit der Entstehung des Russischen Imperiums verschwand nicht die Gefahr für unsere Existenz. Unbesiegbar konnte sie nur jene allslawische Union machen, von der schon im vorigen Jahrhunderts der herausragende russische Denker N. Danilewskij geschrieben hat".[36] Und es ist symptomatisch, daß der Historiker Frojanow, von dem die zitierten Worte stammen, den Stalinismus als eine Verwirklichung des Vermächtnisses von Danilewskij bezeichnet und darin die großen "Verdienste" des Diktators sieht. Die kurzsichtigen Zeitgenossen Danilewskijs hielten seine Pläne für wirklichkeitsfremd. Aber, fährt Frojanow fort, so paradox das auch erscheinen mag, so hat sich doch der Traum von einer allslawischen, genauer, eurasischen Union verwirklicht: nämlich im "sozialistischen Lager" und im Warschauer Pakt. "Stalin hat das geschaffen, was Danilewskij geschrieben hat. Das war eine kolossale historische Leistung Rußlands."[37]

Und wenn die neuen Panslawisten dennoch das kommunistische Regime kritisieren, so gerade wegen der Abkehr von Danilewskijs Programm. Auch sie verurteilen die sowjetische Expansionspolitik, aber nicht, weil sie den Frieden gefährdete und sie sich die Völker der Welt unterordnen wollte, sondern nur weil sie keinen Erfolg haben konnte. Die sowjetischen Führer (nach Stalin) wollten in Asien, Kuba, in Afrika "und weiß Gott sonst noch wo" Fuß fassen: "Wir vernachlässigten die allslawische Einheit zugunsten illusorischer planetarischer

---

[36] S. Ivanov, Tri pozicii: leningradskie učennye – o prodviženii NATO na vostok, in: Sovetskaja Rossija, 15.5. 1997.

[37] Ebenda.

Projekte."[38] Das ist eine rein "instrumentelle" Kritik. Ehrlicher formuliert bedeuten diese Worte: "Daß wir Aggressoren waren, ist nicht schlimm; nur war die Richtung unserer Aggression falsch."

Das "Vermächtnis" des Panslawismus bleibt nach der Ansicht seiner heutigen Adepten aktuell. Es sei historisch begründet. Frojanow konstruiert eine ununterbrochene Kointinuität der westlichen Feindlichkeit gegenüber Rußland. Er entwirft eine diametrale Opposition zwischen dem "ewigen Rußland" und dem "ewigen Westen": "Gewisse Kräfte" im Westen – von den teutonischen Rittern über Napoleon bis Hitler – strebten die Vernichtung Rußlands und des Slawentums an. Von diesen unheimlichen Absichten zeuge Nietzsches und Haushofers Haß auf Rußland und die Slawen. Ganz anders die Russen. Sogar die radikalsten Slawophilen schmieden keine Pläne zur Vernichtung des Westens; auch den russischen Zaren war eine solche Idee fremd.[39]

Das sind die Grundsätze der erneuerten Variante des Panslawismus. Was seinen direkten Gebrauch als ideologische Rechtfertigung ganz konkreter außenpolitischer Forderungen anbetrifft, so sind die Lage im ehemaligen Jugoslawien und die Beziehungen zwischen Rußland und Belarus zu erwähnen.

Die kommunistisch-patriotischen Kräfte nahmen von Anfang an Partei für Serbien, und sie bestätigen regelmäßig ihre Position, so unlängst Parteichef Sjuganow, der Ende Januar 1999 Gast der jugoslawischen Kommunisten und persönlich Slobodan Miloševićs war.[40] Mit allen Mitteln der zu diesem Zweck reanimierten Rhetorik wurden die russisch-serbische Brüderlichkeit, ihre "historischen Wurzeln" und ihre "große Zukunft" gerühmt, und umgekehrt wurde die gemeine List der Feinde des Slawentums an den Pranger gestellt. Diese manichäische Phraseologie ist – wie das überhaupt bei den ideologischen Konstruktionen der Fall ist – jeden historischen Sinnes bar. Lateiner, Germanen, Türken, Chinesen, Japaner – alle seien Erzfeinde des Slawentums, Teilnehmer der Großen Weltverschwörung gegen die slawischen Völker. Das ist der Tenor der kommunistischen Publizistik, und es ist nicht zufällig, daß "Sowjetskaja Rossija" ihren literarisch talentiertesten Mitarbeiter, Eduard Limonow, nach Bosnien als "Kriegsberichterstatter" abkommandierte.

Die blutigen ethnischen Konflikte in Ex-Jugoslawien waren immer ein propagandistischer Trumpf der Kommunisten und der anderen "Patrioten" gegen den Präsidenten und die Regierung. Die Opposition beschuldigt eben den Kreml, die "slawische Sache" verraten und sich bei den USA angebiedert zu haben. Politisch befinden sich die Regierung und die Reformkräfte in der schwächeren Position. Sie wollen nicht als "Verräter des Slawentums" dastehen und tragen den demagogischen Phrasen und Stimmungen Rechnung. "Niemand soll

---

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Vgl. Zajavlenie G. Zjuganova v Belgrade: "Ugrozy NATO v adres Jugoslavii soveršenno nepriemlemy!", in: Sovetskaja Rossija, 30.1.1999.

sich wundern, wenn ... orthodoxe Christen ihren Brüdern zu Hilfe eilen"[41], so der Jabloko-Politiker Lukin. Aber besonders intensiv, ja hysterisch ist die panslawistische Rhetorik nach dem Kriegsbeginn im Kosovo (24. März 1999) geworden.

Allerdings darf die ideologische Wirksamkeit des Panslawismus im Hinblick auf den Balkan auch jetzt nicht überschätzt werden. Die Situation – die weltpolitische und die russische – ist gegenwärtig ganz anders als vor dem Russisch-Türkischen Krieg 1877/78, den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg. Heute ist die russische Gesellschaft zu stark mit sich selbst beschäftigt, um sich für die "slawischen Brüder" enthusiasmieren zu lassen. Außrerdem ist der russische Staat zu schwach, um die panslawistischen Parolen durch Taten zu bekräftigen. Sergej Romanenko erinnert ironisch an den Übergang eines Teils der russischen politischen und intellektuellen Elite "... von der pathologischen kommunistischen, von Stalin gezüchteten Jugoslawophobie zur irrationalen slawisch-orthodoxen Serbophilie ...".[42] Romanenko fügt hinzu, daß diese "Mythen" im Massenbewußtsein verbreitet sind, aber bei weitem nicht jene Rolle spielen, die sich manche Politiker wünschen.[43]

Die panslawistische Rhetorik ist auch in einer anderen Hinsicht nicht stichhaltig und daher leicht widerlegbar. Die russische postkommunistische Politik gegenüber Osteuropa weist nämlich "Unsicherheiten" und "Doppeldeutigkeiten" auf, die die ohnehin dort vorhandene Skepsis und die existierenden Ressentiments bestärkt haben.[44] Das kam vor allem in der Kontroverse um die Osterweiterung der NATO zum Ausdruck. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß es unter den NATO-Kandidaten (bzw. NATO-Mitgliedern) solche unbezweifelbar slawische Staaten gibt wie Polen, Tschechien, Slowakei und auch – im zweiten Glied – Bulgarien, wird man wohl verstehen, daß diese "Brüderlichkeit" phantomatisch ist. Oder man wird sich gezwungen sehen – frei nach Orwell – die Slawen in zwei Kategorien einzuteilen: *Alle Slawen sind Slawen, aber einige sind mehr Slawen als die anderen*. Die weniger slawischen (oder nicht vollwertig slawischen) Slawen wären dann die katholischen Polen, Tschechen, Kroaten, Slowaken, Slowenen. Dann müßte man die Devise umformulieren und nicht bloß von "slawischer", sondern von "slawisch-orthodoxer Brüderlichkeit" reden. Dies würde aber neue Ungereimtheiten auslösen. Einerseits streben bereits auch die orthodox-slawischen Bulgaren den NATO-Beitritt an, andererseits sind solche genuinen orthodoxen Osteuropäer wie die Rumänen und die Griechen bedauerlicherweise keine Slawen. Solche Konfusionen sind bei ideologischen "Fundierungen" unvermeidlich, weil die Ideologien an vage Gefühle appellieren, aus denen sich kohärente, rational überprüfbare Thesen nicht ableiten lassen.

Hingegen ist die Rolle der panslawistischen Slogans erheblich größer bei den konkreten politischen Schritten zur Wiederherstellung des alten Imperiums in dieser oder jener Form, und

---

41 "Krankhaft antirussisch". Interview mit Duma-Politiker Wladimir Lukin über Moskaus Balkanpolitik, in: Der Spiegel, 39, 1995, S. 186.

42 S. Romanenko, Vojna na Balkanach kak zerkalo rossijskoj demokratii, in: Segodnja, 15.9.1995.

43 Vgl. ebenda.

44 Vgl. M. Hatschikjan, Zum Spannungsverhältnis von Nation und Außenpolitik in Ostmitteleuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B 3-4, 15.1.1999, S. 26.

insbesondere bei der "Partnerschaft" zwischen Rußland und der Ukraine sowie der "Intergration" von Rußland und Belarus. "Stehen Sie nicht der slawischen Brüderlichkeit im Wege!", forderte "Sowjetskaja Rossija" den Bürgermeister von Moskau Lushkow auf.[45] "Verdiene neue Freunde und verliere nicht die Freunde deines Vaters!" – in diesem volkstümlichen Stil rief der Vorsitzende des ukrainischen Parlaments, Aleksandr Tkatschenko, die politische Öffentlichkeit der slawischen GUS-Republiken auf.[46] Es ist interessant, sich Tkatschenkos Geschichtsbild näher anzusehen. Der von den slawischen Völkern zurückgelegte Weg sei steil und kurvenreich. Die Wege näherten und schieden sich. Es sei jedoch unbestreitbar, daß die Slawen dann erfolgreich waren, wenn sie einig waren. Nur dann hätten sie den Schicksalsschlägen standgehalten. Alles Großartige sei durch gemeinsame Bemühungen erlangt worden – die Bekehrung zum orthodoxen Glauben, die Annahme des kyrillischen Alphabets, die Industrialisierung, das Raumfahrtwesen, die Beherrschung der Atomkraft. Und umgekehrt: "Erinnern wir uns an die Zeiten, die Ambitionen der Fürsten die Kiewer Rus in acht Halbstaaten teilten und Fehden verursachten. Die slawische Faust wurde schwächer und öffnete sich. Gleich fanden sich Möchtegerneroberer, die sich das Land unserer Ahnen aneigneten, sich mit ihrem Reichtum bereicherten, unsere Völker in Sklaven verwandeln wollten."[47] Männer wie Dmitrij Donskoj und Bogdan Chmelnizkij hätten die Feinde besiegt. "Bedauerlicherweise brach der vernichtende Wirbel der Geschichte auch in unser Leben ein ..."[48]

Als ein solcher Triumph des Slawentums wurde die staatliche Vereinigung von der Russischen Föderation und Belarus gefeiert. Der odiose belarussische Präsident Lukaschenko führte nachdrücklich das panslawistische Argument zur Begründung der staatlichen Integration von Rußland und Belarus an. "Wenn man im großen Maßstab denkt, *so ist die Festigung unserer Einheit die historische Chance des Überlebens der ganzheitlichen slawischen Zivilisation unter den grausamen gegenwärtigen Bedingungen der Umverteilung der Welt*. Das ist die Chance der Verteidigung unserer Eigenart und unseres Platzes als gleichberechtigte Völker unter den anderen Gemeinschaften und Staaten."[49] Diesen Worten fügt der belarussische Statatschef die vielsagende Andeutung hinzu, daß die von ihm angestrebte "mächtige slawische Union" nicht nur Rußland und Belarus, sondern "... möglicherweise auch manche andere Länder ..." einschließen würde.[50] Nach dem Ausbruch des Kosovo-Kriegs schien dieses Hirgespinst eine Bestätigung zu finden: Die Rede ist vom russisch-belarussisch-serbischen "Dreibund".

---

45 A. Sanin, Mėru stolicy i senatoram, in: Sovetskaja Rossija, 13.2.1999.

46 A. Tkačenko, Svoich druzej naživaj, a otcovskich ne terjaj!, in: Nezavisimaja gazeta, 25.12.1998.

47 Ebenda.

48 Ebenda.

49 Novyj ėtap v edinenii (Vystuplenie A.G.Lukašenko na desjatoj sessii Parlamentskogo Sobranija Sojuza Belarusi i Rossii), in: Sovetskaja Rossija, 28.1.1999; von Lukaschenko oder der russischen Redaktion hervorgehoben.

50 Vgl. ebenda.

Obwohl wirksamer in den Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR als in den Beziehungen zwischen Rußland und den Staaten Ex-Jugoslawiens, besitzt das panslawistische Vokabular nur begrenzte Einflußmöglichkeiten. Die großangelegten Pläne, die Lukaschenko schmiedet, verschleiern kaum seine Ambitionen, die Macht auch in Moskau zu ergreifen.[51] Zwar erscheint die belarussische, auf staatssozialistischer Basis funktionierende scheinbare Stabilität vielen krisengeplagten Russen als nachahmungswert. Dennoch ist es fraglich, ob sogar die reformfeindlichen Kräfte einen "Retter" aus Minsk akzeptieren würden.

Auch der heutige Gebrauch ideologischer Begründungen bestätigt jene Konventionalität, ja sogar Willkür, die den ideologischen Denk- und Redefiguren innewohnt. Es kann nämlich ein und dieselbe Aussage zur Fundierung durchaus entgegengesetzter politischer und gesellschaftlicher Ziele mit gleicher Überzeugungskraft dienen. Überhaupt sind ideologische Aussagen "antinomisch".[52] Erinnern wir uns daran, daß sich Solshenizyn auf dieselbe slawische kulturelle und historische Verwandtschaft berief, um ein Programm zu begründen, das gerade auf die Auflösung der UdSSR zielte.

Versuche der Entideologisierung

Im heutigen russischen politikwissenschaftlichen Schriftum gibt es gut fundierte Versuche einer rationalen Betrachtung der Begriffe und der ihnen entsprechenden Sachverhalte, die im ideologisierten patriotisch-kommunistischen Diskurs figurieren. Es handelt sich also um das Bestreben, den ideologisch deformierten sachlichen Kern vieler populärer Parolen möglichst *sine ira et studio* zu erforschen.

Was ist "nationales Interesse"?

Wie wir gesehen haben, sprechen die kommunistisch-"patriotischen" Autoren beständig vom "nationalen Interesse" und treten mit ihren Forderungen und ihrer Kritik am Westen und an der Regierung im Namen dieses "Interesses" auf. Doch das "nationale Interesse" teilt das Schicksal vieler derartiger Schlagworte. Sie scheinen fraglos klar und jedem verständlich zu sein, bei näherem Hinsehen erweisen sie sich jedoch als vage und mehrdeutig: gerade das erklärt ihre leichte Ideologisierbarkeit.

Der Duma-Abgeordnete (Jabloko-Fraktion) Sergej Mitrochin, der die Semantik des Begriffs "nationales Interesse" einer Analyse unterzieht, unterscheidet zwischen *nationalem Interesse* und *Staatsinteresse*. Die beiden Begriffe, so Mitrochin, werden praktisch als Synonyme verwendet. Dennoch sei ihre Unterscheidung wissenschaftlich erforderlich. "Das nationale Interesse kann man *vor allem* als 'popularisierte' Version des Staatsinteresses bestimmen."[53]

---

[51] Vgl. H. Timmermann, Lukaschenko: Griff nach der Macht in Moskau?, in: Aktuelle Analyse des BIOst, 34, 1998; A. Kasaev, Lukašenko budet nastaivat' na ob"edinenii s Rossiej. U nas možet stat' odnim kandidatom v prezidenty bol'še, in: Nezavisimaja gazeta, 25.12.1998.

[52] Vgl. A. Ignatow, Aporien der marxistischen Ideologielehre. Zur Kritik der Auffassung der Kultur als "Ideologie in letzter Instanz", München 1984, S. 96-100, 160.

[53] S.S. Mitrochin, Nacional'nyj interes kak teoretičeskaja problema, in: Polis, 1, 1997, S. 34; von Mitrochin hervorgehoben.

Das nationale Interesse betreffe Probleme, die im Mittelpunkt der gesamten Gesellschaft oder ihrer hauptsächlichen Gruppen stehen, während viele Elemente des Staatsinteresses der öffentlichen Meinung einfach unbekannt bleiben. Außerdem können die Strategie und Taktik der Realisierung von Staatsinteressen der "landläufigen und dilettantischen Behandlung" widersprechen.[54]

Neben dem nationalen und dem Staatsinteresse gebe es auch das "gesellschaftliche Interesse". Es falle nicht mit dem Staatsinteresse zusammen aus denselben Gründen, die auch die Nichtidentität von Staatsinteresse und nationalem Interesse erklären. Die Unterschiede zwischen "nationalem" und "gesellschaftlichem" Interesse seien komplizierter. Das gesellschaftliche Interesse ist nach Mitrochin dem Umfang nach enger und der Dauer nach kürzer. Während der Autor unter nationalen Interessen vor allem die großen, für die Existenz des Staates selbst wichtigen Fragen versteht, reduziert er das gesellschaftliche Interesse auf konkretere und zum Teil Alltagsfragen wie die Sauberkeit der Straßen oder die Kreditierung des Wohnungsbaus. Wichtig für das richtig verstandene nationale Interesse sind nach Mitrochin zwei Grundfaktoren: der ökonomische und der soziokulturelle, der auch eine konfessionelle Komponente hat. Diese Faktoren entsprechen dem rationalen bzw. dem werthaften Aspekt des nationalen Interesses. "Die Machthaber von Ländern mit einer stark ausgeprägten religiösen Orientierung dürfen nicht das konfessionelle Spezifikum ihres Landes unterschätzen, sonst würden die Völker, die für die Mißachtung ihrer jahrhundertalten Tradition besonders empfindlich sind, ihre Führer kaum für Vertreter ihrer nationalen Interessen halten können."[55] Diesen Fehler habe der letzte Schah von Iran begangen, und das sei ihm zum Verhängnis geworden.

Zur Klärung des Begriffs des nationalen Interesses dient auch die Ausarbeitung einer entsprechenden *Typologie*. Aufgrund der Systemtheorie teilt Sergej Proskurin die nationalen Interessen in: sekundäre, fundamentale und lebenswichtige *(korennye)*.[56] Die "lebenswichtigen" Interessen seien praktisch unveränderlich während der Dauer der "historischen Frist", die der Nation "beschieden" sei. Im Gegensatz dazu ließen die sekundären und fundamentalen Interessen Kompromisse zu. Sie seien nur Miittel zur Befriedigung der lebenswichtigen Interessen der Nation. Außerden könne man langfristige und mittelfristige Interessen unterscheiden.[57]

Aber wie steht es um das nationale Interesse als politische Gegebenheit in der jetzigen Übergangszeit? Es beginnt eine kritische *Problematisierung* dieses Begriffs. In der politikwissenschaftlichen Literatur hört das "nationale Interesse" auf, ein Fetisch zu sein. Man kommt zur Ansicht, daß das nationale Interesse nicht das Absolute im politischen Bereich ist.

Mitrochin hält die Meinung, daß der Begriff "nationales Interesse" heute veraltet ist, für "vorschnell", fügt aber hinzu, daß sich die Anwendungssphäre dieser Kategorie gegen das Ende

---

54 Vgl. ebenda.

55 Ebenda, S. 35.

56 Vgl. S.A. Proskurin, Systemnyj princip formirovanija vnešnepolitičeskoj strategii, in: Polis, 1, 1997, S. 38.

57 Vgl. ebenda.

des 20. Jahrhunderts etwas "eingeengt" hat. "Der globale Charakter einer Menge von Problemen, vor denen jetzt viele Staaten stehen, erfordert *eine langsame Abkehr von der unbedingten Einhaltung des Prinzips der nationalen Souveränität*, und dies bedeutet, daß das 'nationale Interesse' aufhören wird, die hauptsächliche und einzige Dominante jener Politik zu sein, die heute die Struktur der künftigen Weltordnung bestimmt."[58] Das sind natürlich ganz andere Töne.

Die Überbetonung des nationalen Interesses und noch mehr die Idee einer "russischen Sendung" kann man zum Teil verstehen, so der Historiker Aleksej Arbatow, der auch stellvertretender Vorsitzender des Verteidigunsgausschusses der Duma ist. Er nennt sie "Trost", "... Kompensation für das verhältnismäßig niedrige Lebensniveau, die Entbehrungen und das Fehlen des elementaren Lebenskomforts, der der europäischen Lebensweise eigen ist."[59] Aber ein Wissenschaftler muß sich dennoch mit den Argumenten, die zugunsten dieses Ideologemas angeführt werden, auseinandersetzen. Die Behauptung, Rußland sei eine "Brücke" zwischen Europa und Asien, sogar ein "Rettungskordon" der europäischen Zivilisation, findet Arbatow "lächerlich". Die historischen Tatsachen bestätigen dies nicht, da der Weg der asiatischen Eroberer nach Europa über Kleinasien und den Balkan führte, nicht über Rußland.[60]

Der russische Historiker plädiert für die Aufgabe dieses ideologischen Dogmas. Das einzig realistische und produktive Modell für Rußland "... besteht in der allmählichen, sorgfältig durchdachten und mit dem rußländischen Spezifikum übereinstimmenden Vereinigung Rußlands mit Großeuropa. Oder, wenn man will, in der Rückkehr nach Europa, dessen unverrückbarer Teil die Rus vor tausend Jahren war", lesen wir im zweiten Teil seines Aufsatzes.[61]

Der Begriff des nationalen Interesses setzt den Begriff des nationalen Staates voraus. Wie aber der Volkswirtschaftler Jurij Jegorow zeigt, werden die Konsequenzen, die sich aus dieser selbstverständlichen Prämisse ergeben, regelmäßig übersehen. Er hat den Mut, eine unbequeme, aber unwiderlegbare Wahrheit auszusprechen: "Bedauerlicherweise hat unser Land vorläufig keine einheitlichen nationalen Interessen, weil sich *Rußland als Nation immer noch nicht formiert hat*."[62] Die Formierung der nationalen Interessen ist nach Ansicht dieses Autors eine Frage der Zukunft. Im heutigen Rußland sieht er ein "eurasisches Gebilde", in dem wenigstens zwei, wenn nicht drei (christlich-orthodoxe, islamische, evtl. auch buddhistische) Zivilisationen vertreten sind. "Nur der Dialog zwischen diesen Zivilisationen kann zur Grundlage eines neuen Intergrationsprozesses ... werden. Nur im Lauf eines solchen

---

58 S.S. Mitrochin, a.a.O., S. 36; von Mitrochin hervorgehoben.

59 A. Arbatov, Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 5, 1997, S. 11.

60 Vgl. ebenda, S. 7-8.

61 A. Arbatov, Nacional'naja ideja i nacional'naja bezopasnost', in: Mirovaja ėkonomika i meždunarodnye otnošenija, 6, 1998, S. 17.

62 Ju.N. Egorov, Faktor ob"edinenija, in: Polis, 1, 1997, S. 33; von mir hervorgehoben – A.I.

Dialogs werden sich die *wirklich nationalen* Interessen Rußlands, die die Politik unseres Staates im 21. Jahrhundert bestimmen werden, zeigen."[63]

Imperium oder Nationalstaat?

Die "Patrioten" und die Kommunisten streben die Wiederherstellung des Imperiums an und scheuen sich nicht, das Wort "Imperium" zu gebrauchen, das bekanntlich unter der Sowjetherrschaft euphemistisch mit dem Wort "Sowjetunion" umschrieben wurde. Gleichzeitig treten sie immer in der Rolle von eifrigen Vertretern der nationalen Interessen auf. In ihrem Diskurs wird die Einheit beider Begriffe als eine Quasiselbstverständlichkeit vorausgesetzt. In einem hervorragenden Aufsatz zeigt der Pädagoge Igor Jakowenko, daß dies nicht der Fall ist. Imperium und nationales Interesse schließen einander sogar aus.

Jakowenko geht von der gegenwärtigen Situation aus, die gerade durch die steigenden zentrifugalen Tendenzen der GUS-Staaten gekennzeichnet ist. Er sieht drei mögliche Szenarien für das russische Ethnos: Restauration des Imperiums, Bildung irgendeiner "unbegreiflichen" eurasischen Staatengemeinschaft und nationale Entwicklung Rußlands. "In der Epoche, in der im postsowjetischen Raum die Zeit des *nationalen* Daseins angebrochen ist, gerät die imperiale Ideologie evidenterweise in einen offenen Konflikt mit den Interessen des russischen Volks. Sowohl in seiner rechtgläubig-imperialen als auch in seiner kommunistischen Version ist das traditionelle Paradigma prinzipiell antinational. Die imperiale Idee ist nicht nur der nationalen Selbstbestimmung der Nachbarethnien entgegengesetzt. In einem noch höheren Grad ist sie der nationalen Selbstbestimmung der Russen entgegengesetzt."[64]

Jakowenko nimmt die landläufigen, populären Argumente, die die Nostalgiker der imperialen Vergangenheit verwenden, unter die Lupe. Eines dieser Argumente rekurriert auf die "strategischen" Interessen der Russen, die angeblich im Rahmen eines imperialen Gebildes befriedigt werden können. "Trotz der weitschweifigen Redensarten" gibt es nach Ansicht des Verfassers keine strategischen Gründe, die die Wiederherstellung des Imperiums in welcher Form auch immer rechtfertigen können. Es handelt sich nur um "taktische Umstände", die durch die "Trägheit der Geschichte" verursacht sind (z.B. durch den einheitlichen Wirtschaftsraum der UdSSR, die Abhängigkeit der Republiken von den russischen Energieressourcen, die menschlichen Verbindungen usw.). Diese Umstände werden aber im "natürlichen Lauf der Ereignisse" in einem zunehmenden Maße beseitigt. Treffend schreibt Jakowenko, daß die Idee der Reintegration "... nur als ideologisches Mittel zur Psychotherapie einen Sinn hat".[65] Sie erlaubt eine Linderung des psychologischen Unwohlgefühls, das der Zerfall der Sowjetunion auslöste.

---

[63] Ebenda; von Jegorow hervorgehoben; zu den – recht geringen – Chancen der Bildung einer Nation in Rußland, vgl. G. Simon, Rußländische Nation – Fiktion oder Rettung für Rußland, Berichte des BIOst, 11, 1999.

[64] I.G. Jakovenko, "Imperskij narod" dlja tradicionnoj imperii, in: Polis, 4, 1997, S. 91.

[65] Ebenda, S. 92.

Die Rolle des Panslawismus als ideologische Rechtfertigung der imperialistischen Außenpolitik des zaristischen und (für eine kurze Zeit) auch des kommunistischen Regimes unterliegt keinem Zweifel. Aber Jakowenko bezweifelt die politische Wirksamkeit dieser ideologischen Legitimierung. Nach ihm geraten die panslawistischen Forderungen unvermeidlich in einen Konflikt mit der imperialen Idee. "Die national gefärbte Ideologie transformiert sich in einen imperialen Nationalismus, der die Form des Fremdenhasses annimmt."[66] Das weitere Festhalten am imperialen Ideal bedroht sogar die Existenz selbst des russischen Ethnos. Die Verfechter des imperialen Denkens wollen ganz naiv die Vorteile eines Imperiums kriegen, ohne die damit verbundenen Probleme zu lösen. Der Autor formuliert deutlich eine fundamentale Alternative: "... entweder das Imperium oder das russische Volk. Eine der beiden Wesenheiten muß verschwinden".[67]

Die Wurzeln der imperialen Idee sieht Jakowenko in einer für die Russen charakteristischen Denkungsart, nämlich im "theokratischen" und "eschatologischen" Weltbild. "Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Rußland von einem durch und durch mittelalterlichen Volk bewohnt, das das säkularisierte Bewußtsein ablehnte und unfähig war, die Welt außerhalb der eschatologischen Perspektive wahrzunehmen."[68] Gerade dieser Zustand der "Volksseele" ermöglichte die Restauration des Imperiums in der neuen, kommunistischen Form nach dem Zusammenbruch des traditionellen, zaristischen Imperiums. Heute ist allerdings die Situation grundsätzlich anders.

In seinem Aufsatz geht Jakowenko auch auf einen Aspekt ein, der in der Literatur zumeist unterbelichtet bleibt. Es handelt sich um den Zusammenhang der imperialen Ideologie mit den verschiedenen gesellschafts- und innenpolitischen Ideen und Programmen. Daß die Bejahung des Imperiums mit den konservativen und reaktionären Vorstellungen über die Gesellschafts- und Staatsordnung Rußlands Hand in Hand geht, ist bekannt und begreiflich. Der russische Wissenschaftler lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß sich in dieser Hinsicht die Liberalen nicht von den Reaktionären unterscheiden, daß *auch sie die imperialen Träume teilen*. "Der vorrevolutionäre russische Liberalismus nahm im ganzen imperiale Positionen ein. Die Liberalen sahen keine Unterschiede zwischen den traditionellen und den kolonialen Imperien. Sie betrachteten das Imperium hauptsächlich als eine zivilisierende Kraft, als einen die evolutionäre Annäherung Rußlands an die Werte der Freiheit und der Würde gewährleistenden Mechanismus."[69]

Die neue Phase des russischen Liberalismus nach dem Ende des kommunistischen Systems, so Jakowenko weiter, ist zwar frei vom imperialen Ballast, aber nicht imstande, eine gut durchdachte Alternative anzubieten. Die Überlegungen des Autors zur Frage nach der Ursache für diese Unfähigkeit sind interessant. Die Alternative zum Imperium sei der nationale Staat. Aber alles, was den nationalen Staat und den Patriotismus betrifft, sei von den

---

[66] Ebenda, S. 91.
[67] Ebenda.
[68] Ebenda, S. 92.
[69] Ebenda, S. 93.

Traditionalisten monopolisiert. Nicht nur das Massenbewußtsein, sondern auch das liberale Bewußtsein verbinde das Thema des Patriotismus mit den vom "konkurrierenden ideologischen Lager" ausgehenden Impulsen. "Eine liberale Version der russischen nationalen Doktrin hat sich noch nicht gebildet, ist nicht herangereift, hat nicht den Status eines anerkannten politischen und kulturellen Faktors erworben."[70] Die Kluft, die den Patriotismus vom Liberalismus trennt, ist wohl die Crux der ganzen russischen neuzeitlichen Geschichte. Den Russen (wie auch den Deutschen) ist es nicht gelungen, jene glückliche Synthese zwischen Freiheit und Vaterland zu schaffen, die die französische Entwicklung kennzeichnet. In Frankreich war "Patriot" von Anfang an Synonym für "Freiheitskämpfer": Hingegen wurden in Rußland wie in Deutschland die Liberalen als Agenten fremder Mächte, Nestbeschmutzer, "vaterlandslose Gesellen" und dgl. beschimpft.

Jakowenko hebt mit Nachdruck hervor, daß der traditionell imperiale Charakter des russischen Staates keineswegs sein künftiges Schicksal fatal determiniert. "Im Laufe der letzten hundert Jahre zerfielen alle Imperien – die kolonialen und die posttheokratischen und die traditionellen, und die Metropolländer, nachdem sie den Verlust des früheren Status mehr oder weniger schmerzlich erlebten, entwickelten sich als nationale Staaten."[71] Je länger das Metropolland und sein Staatsvolk auf der Beibehaltung des historisch überlebten imperialen Staatsgebildes beharrten, desto schmerzlicher war der psychologische Schock nach dem Verlust des früheren Status, bemerkt der Autor. Das Ende der imperialen Tradition war also kein einmaliger Akt. "Und für die Enkel derjenigen, die vor dem Pathos der imperialen Idee brannten, erscheint jetzt das imperiale Bewußtsein als etwas Exotisches."[72]

Der heutige Liberalismus, fährt weiter Jakowenko fort, sei auf dem Wege, sich des Ballastes der imperialen Ideale zu entledigen. Der gegenwärtige Liberale befreie sich von den Illusionen des Liberalismus vom Anfang des Jahrhunderts und sei sich dessen bewußt, daß Imperium und Bürgerrechte schwer verträglich sind.

Jakowenko ist optimistisch im Hinblick auf die historischen Chancen, die die postsowjetische Epoche für die Schaffung eines nationalen Staates in Rußland bietet. "Man kann sich nur schwer eine günstigere Zeit für die Bildung des nationalen Selbstbewußtseins als die Perioden des Imperiumszerfalls vorstellen."[73]

Es ist in der Tat ganz genau so. Es ist freilich eine andere Frage, ob die neuen politischen Kräfte diese Chance nutzen wollen. Die bisherige Entwicklung flößt keinen allzu großen Optimismus ein. Leider kann man auch bei Demokraten und Liberalen einen rechts-"patriotischen" Ruck feststellen. Ob sie das ganz offen deklarieren oder nicht, aber auch zahlreiche Anhänger des Reformkurses teilen die imperialen Illusionen und die Nostalgie

---

[70] Ebenda, S. 94.
[71] Ebenda.
[72] Ebenda.
[73] Ebenda.

nach der vergangenen "Größe" der Weltmacht. Es gibt einen echten "patriotischen Konsens"[74], der dem Werden des nationalen Staats zuwiderläuft.

Beachtenswert ist auch die kritische Analyse, der Boris Slawnyj die imperialen Mythen unterzieht. Auch dieser Autor erkennt deutlich den Zusammenhang zwischen dem Verzicht auf den imperialen Traum und der Bildung des nationalen Staates. In diesem Punkt sieht Slawnyj eine gefährliche Divergenz zwischen der westlichen und der russischen Entwicklung. Während die westlichen Staaten in der Abtrennung der Kolonien eben eine positive Chance gesehen haben, versuchen die Russen umgekehrt das Imperium wiederherzustellen, obschon in einem anderen geopolitischen Rahmen.[75] Wie Simon meint auch Slawnyj, daß die Berührungspunkte zwischen Kommunisten und Patrioten einerseits und der "Partei der Macht" und den Demokraten andererseits zahlreicher sind als es scheint.

Aufschlußreich ist auch der Hinweis auf manche inneren Widersprüche der Nostalgiker des Imperiums wie z.B. Aleksandr Prochanows. Sie sind bereit, nicht nur die Demoktratie (um die Demokratie kümmern sie sich sowieso sehr wenig), sondern auch den orthodoxen Glauben zu opfern, falls die großen Zugeständnisse an die islamischen Völker der Preis für die Restauration wären.[76]

Eine bekannte Eigentümlichkeit des russischen/sowjetischen Imperiums bestand darin, daß das Metropolland durch keine natürlichen, geographischen Grenzen von den "Kolonien" getrennt wurde. Dies erschwert die definitive Überwindung der imperialen Träume, schafft die Illusion, daß die nichtrussischen Territorien auch zu Rußland gehören. "Die Entwicklungslogik der nationalen Idee kann, wenn man sie auf die Erreichung des Realen und nicht des Erwünschten lenkt, zu einer – wenn auch bedingten – Festsetzung solcher Grenzen führen."[77] Letztere könnten als vernünftige Grundlage für die genaue Bestimmung der Armeestärke, der Militärdoktrin, der Struktur der Kommunikationen dienen.

Es gibt noch einen retardierenden Faktor, auf den der Autor hinweist und der dem Aufgeben des "imperialen Selbstbetrugs" im Wege steht: "Für das russische Volk besteht das Problem noch darin, daß es gezwungen ist als letztes, nachdem die anderen bereits nachgedacht und sich über ihre weiteren Pläne geäußert haben, über sein Schicksal nachzudenken."[78]

Fazit

Unsere Übersicht über den Stellenwert der Ideologie in der russischen Außenpolitik und im russischen außenpolitischen Diskurs zeigt ein buntes Bild, das allerdings wenig Erfreuliches

---

[74] Vgl. G. Simon, Die Krise der politischen Identität in Rußland, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation. Jahrbuch 1996/97, München/Wien 1997, S. 26-33.

[75] Vgl. B. Slavnyj, Ot imperii k nacional'nomu gosudarstvu, in: Rubeži, 2, 1995, S. 90.

[76] Vgl. ebenda, S. 105.

[77] Ebenda, S. 106.

[78] Ebenda, S.105.

enthält. Hartnäckig klammern sich die extrem-linken und extrem-rechten Kräfte an die "glorreiche Vergangenheit" und wollen sich nicht mit ihrem Ende abfinden. Die großrussisch-imperiale Ideologie ist eine durchaus reale Dominante des außenpolitischen Denkens der Kommunisten und ihrer "patriotischen" Verbündeten. Die Regierung paßt sich – wiewohl in einer vorsichtigen Form – dieser Ideologie an, obwohl sie teilweise zur *Legitimation* und teilweise als *rhetorisches* Ornament dient. Allerdings ist die Anpassung nicht zu überschätzen. Wie die Kosovo-Krise zeigt, strebt die russische Regierung trotz der verbalen Angriffe gegen die NATO eher eine pragmatische Lösung an.

Die treffenden und gut fundierten Analysen der außenpolitischen Problematik, die auf eine nüchterne Entideologisierung hinauslaufen, sind wertvoll, aber sie beeinflussen die Entscheidungsträger kaum.

Assen Ignatow

Ideology, Rhetoric and Realpolitik

The Ideological Component of Russian Foreign Policy

Bericht des BIOst Nr. 20/1999

Summary

Introductory Remarks

Soviet foreign policy was shaped in a tight ideological mould. In the final analysis, the aims it pursued were ideological ones, and for the Soviet leaders foreign policy was just a means towards accomplishing their ultimate goal of establishing communist rule over the world. The demise of the Soviet regime gave rise to a new situation that exhibits distinct differences from, but also some similarities to, the communist era. The present report is dedicated to the questions as to what extent Russian foreign policy is ideologically motivated and what ideological controversies are being fought out in the foreign-policy arena.

Findings

1. Since the collapse of communist rule, the foreign policy of the Russian Federation has been following a path of slow de-ideologisation. The post-communist governments have given up any plans of world domination and have abandoned the anti-Western confrontation course that such plans entailed in Soviet times.
2. But arguments and considerations of an ideological nature are not altogether absent from the official documents that give shape to Russian foreign policy nor from the pronouncements of those who are responsible for formulating that policy. However, such utterances are largely rhetorical and intended primarily for domestic consumption. This holds essentially true even in situations of extreme crisis.
3. On the other hand, a resurging re-ideologisation is to be observed among the communist/ "patriotic" opposition, even if their ideological reasoning has taken on new forms.
4. The arguments advanced in support of the postulate of a Russian "special path" or "mission" are not so much sociological as rather based on a peculiar civilisation theory. The opposition appeals to Russia's cultural and religious tradition and the distinctness of Russian values, among which particular importance is attached to collectivism.
5. The old ideals of pan-Slavism are also enjoying a certain renaissance, being called upon to provide ideological endorsement for Serbia in the conflict in ex-Yugoslavia and especially in support of "integration" between Russia, Belarus and Ukraine.

6. It is not uncommon for a quite open, undisguisedly formulated affirmation of the Empire as a political reality to be expressed and for attempts to be made to reconcile this viewpoint with the remnants of traditional communist doctrine.
7. The ideologically controversial concepts and objectives of Russian foreign policy are a topic that are attracting much attention on the part of the contemporary political sciences. The discussions about the concept of "national interest" are noteworthy, the semantics of which have been made the subject of some highly discerning studies.
8. The ongoing debate centres around the question as to whether Russia can be accurately described as a nation-state or could at least possibly transform itself into a nation-state. Not without good reason, many analysts see this as the crux of Russia's statehood identity and are calling for imperial nostalgia to be cast aside once and for all.
9. This primary problem has many subsidiary aspects which affect Russia's policy towards the U.S.A., Western Europe, China, and Asia in general. The major problem to be resolved by Russian foreign policy is the country's long-term strategic orientation. More and more voices are making themselves heard that – out of disappointment with U.S. policy towards Russia – give preference to Europe as Russia's principal partner.
10. Foreign policy also has domestic-policy implications that are ideologically loaded. For instance, abandoning the imperial dream is inexorably linked with the dilemma: whether to be a centralist state or a federation/confederation.